

Abstimmung in Egerkingen gekippt

Nach Rückkommensantrag und Stichentscheid: Freiwillige Unterstützungsbeiträge an Kinderbetreuung bleiben.

Béatrice Scheurer

Was eine Gemeindeversammlung bewirken kann, zeigte sich am Beispiel von Egerkingen. Zügig hatte Gemeindepräsident Bernhard Studer-Felber (FDP) durch seine erste Versammlung mit 79 Anwesenden geführt, als zum Schluss ein Rückkommensantrag gestellt wurde. Dieser bezog sich auf das Traktandum «Ersatzlose Aufhebung des Reglements über die Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen an die familien- und schulgängende Kinderbetreuung». Zuvor war die Abstimmung nach einem beherzten Votum von Caroline Schenker, die sich gegen die Aufhebung ausgesprochen hatte, mit 34 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen bei zehn Enthaltungen hauchdünn ausgefallen. Schenker stellte zum Schluss der Versammlung deshalb den Rückkommensantrag. Die Abstimmung darüber fiel mit 37 Ja- zu 37 Nein-Stimmen sogar ausgeglichen aus. Somit hatte der Gemeindepräsident den Stichentscheid. Mit einem Schmunzeln und einem Blick auf die Uhr genehmigte er den Rückkommensantrag. Für diesen Entscheid erntete er Applaus.

Aufgabe der Gemeinde?

Beim zweiten Durchgang wurde noch herzhafter über das Geschäft diskutiert. Caroline Schenker erhielt erneut die Möglichkeit, ihre Argumente gegen die Streichung der freiwilligen Beiträge auszuführen: Ausschliesslich einkommensschwache Familien würden von den Beiträgen profitieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei wichtig für die Gesellschaft und Aufgabe der Gemeinde. Wenn die Betroffenen



Die Gemeindeversammlung hat in der Aula des neuen Mühlemattschulhauses stattgefunden – hier ein Bild von der Eröffnung im Mai 2025.

Bild: Andre Veith

Motionen von Ywan Schürmann

Gleich drei Motionen von Einwohner Ywan Schürmann wurden behandelt. Sowohl sein Vorstoss für die Anhebung des Steuerfusses für juristische Personen als auch der Antrag zur Erhebung einer jährlichen Entwässerungsgebühr von Privatstrassen, Vor- und Abstellplätzen wurden als nicht erheblich erklärt. Zur Entwässerung las Gemeindepräsident Bernhard Studer-Felber – aus reinem Goodwill, wie er betonte – ein Plädoyer von Schürmann vor, der die Un-

gleichbehandlung seines Bruders kritisierte. Es endete mit den Worten: «Willkür und Ungleichbehandlung haben keinen Platz in Egerkingen. Euer verhasster Ywan Schürmann.» Zur Motion «Parkgebühren für Anwohnende, Gewerbe und Angestellte sowie für Besucher während der Badesaison» stellte der Gemeinderat den Antrag, diese als erheblich zu erklären, um weitere Abklärungen treffen zu können. Dem folgte die Versammlung grossmehrheitlich. (bey)

nicht mehr zur Arbeit gehen könnten, würden Steuereinnahmen fehlen.

Eine weitere Votantin sagte, dass die Gemeinde nun einzig den Beitrag für die Kinderbetreuung bezahlen müsse. «Wenn diese Familien in die Sozialhilfe fallen, bezahlen wir alles.» Es gab aber auch Wortmeldungen, die sich für den Antrag des Gemeinderats aussprachen. Abschliessend stellte Bernhard Studer-Felber erneut die Argumente für die Aufhebung vor: Die finanzielle Lage erfordere eine konsequente Priorisierung, die Beiträge hätten sich seit 2019 mehr als verdoppelt und gehörten inzwischen zu den

grösseren frei verfügbaren Budgetposten.

«Gleichzeitig hat der Gemeindevorstand anlässlich der kantonalen Abstimmung zum Kitagesetz unmissverständlich festgehalten, dass die Gemeinde nicht verpflichtet werden soll, ein entsprechendes Angebot mitzufinanzieren. Mit diesem Entscheid entfällt auch die mögliche kantonale Kostenbeteiligung.» Zudem habe die gesetzliche Pflicht zur Finanzierung der frühen Sprachförderung zusätzliche Belastungen des Gemeindebudgets zur Folge. Doch die Abstimmung fiel nun anders aus: 35 Stimmberechtigte sprachen sich für die Aufhebung aus, 37 dagegen. Damit bleibt das Reglement bestehen. Wie Gemeinderat Janick Sulser (FDP, Ressort Finanzen) im Anschluss an die Versammlung erklärte, werde es dazu einen Nachtragskredit geben.

Das Budget wurde mit einem Defizit von knapp 731'000 Franken grossmehrheitlich genehmigt. Die im Rahmen der HRM2-Umstellung eingeführte Abschreibung des alten Verwaltungsvermögens über zehn Jahre entfällt ab 2026.

Auf eine Steuererhöhung werde derzeit verzichtet, erklärte Studer-Felber. Der Gemeinderat hat aber andere Massnahmen ergriffen, um der angespannten finanziellen Situation entgegenzuwirken. So werden diverse Gebühren und die Feuerwehrabgabe angepasst. Zudem wird auf einen Teuerungsausgleich für das Gemeindepersonal verzichtet – ein Antrag aus der Versammlung, ein Prozent Teuerungsausgleich zu gewähren, fand keine Mehrheit.

Parkplätze, Bahnhofsdach und ein grosses Minus

Lavinia Scioli

Oberbuchsiten Die Budgetgemeindeversammlung in Oberbuchsiten war von einem lebendigen Austausch geprägt, wie auch Gemeindepräsident Jonas Motschi feststellte. 50 Stimmberechtigte versammelten sich im Gemeindegarten der Überbauung Zentrum. Im Fokus standen dabei vor allem Themen, die gar nicht zur Genehmigung anstanden – darunter die Parkplatzbewirtschaftung.

Seit der Einführung von Tempo 30 wird auch auf das Verbot «Parkieren ausserhalb markierter Parkfelder» hingewiesen. Da es in der Gemeinde nur wenige markierte Parkplätze gibt, prüfte die Werkkommission Standorte für Parkfelder und Parkzonen. Acht Standorte wurden erarbeitet, die künftig von einer privaten Sicherheitsfirma kontrolliert werden könnten, um gegen Wildparkierer vorzugehen.

Kritische Stimmen bereits vor der Mitwirkung

Obwohl das Reglement erst im Frühling an einer Mitwirkungsveranstaltung vorgestellt werden soll, gab es bereits zahlreiche Wortmeldungen. Diskutiert wurden unter anderem Standorte und Zahlungsfragen. Kritisiert wurde ausserdem der zusätzliche bürokratische Aufwand. Andere betonten, es soll lediglich um das Verhindern von Dauerparkieren gehen. Motschi hielt fest, dass auch die «kritischen Voten» aufgenommen würden.

Für Unverständnis sorgte der Verzicht der SBB auf eine Überdachung bei der Sanierung des Bahnhofs. Mehrere Anwesende befürchteten einen Attraktivitätsverlust für die Gemeinde und forderten den Gemeinderat zum Handeln auf. Einzelne regten gar an, die Gemeinde soll die Kosten selbst tragen. Motschi betonte jedoch: «Der Zug ist abgefahren.» Und die Kosten von rund 1,5 Millionen Franken seien für die Gemeinde nicht tragbar.

Einstimmig genehmigt wurden die Sanierung der Wasserleitung Dünnerstrasse inklusive Belagersatz für 230'000 Franken, die Umlegung der Abwasserleitung Halmackerstrasse für 190'000 Franken sowie die Sanierung der Heizung der Liegenschaft an der Hauptstrasse 30 für 95'000 Franken.

Ebenso einstimmig angenommen wurde der 425'000-Franken-Bruttokredit für die Sicherung der Felswand Rüteli. Nach Felsstürzen zu Jahresbeginn ergab eine Fachbeurteilung, dass eine passive Steinschlagschutzbarriere die zweckmässigste Lösung darstellt. Bund und Kanton übernehmen 80 Prozent der Kosten.

Das Budget 2026 mit einem Minus von rund 1,27 Millionen Franken passierte die Versammlung mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung. Kritik gab es an den hohen Kosten der externen Bauverwaltung, Motschi zeigte dafür Verständnis. Der Steuerfuss von 107 Prozent bleibt unverändert.

Arbeitsgruppe sorgte für Diskussionen

Die Finanzen von Mümliswil-Ramiswil sind in Schieflage geraten. Deshalb sollen sie genauer betrachtet werden.

Rahel Bühler

Die Gemeindeversammlung von Mümliswil-Ramiswil war erst wenige Minuten alt, als einer der 74 anwesenden Stimmberechtigten im Saal des Restaurants Ochsen eine Änderung der Traktandenliste forderte: Er verlangte, dass der Gemeindepräsident nicht erst unter Verschiedenem über die geplante Gründung einer Arbeitsgruppe, die Lösungsvorschläge wegen der schlechten Finanzen generieren soll, informiert. Sondern vor dem Budget. «Denn diese Arbeitsgruppe hat einen Einfluss auf das Budget», erklärte der Votant. Er kritisierte auch, dass der Gemeinderat zu lange untätig geblieben sei.

Nach einigen Unklarheiten ergriff Kantonsrat und Ex-Gemeinderat Jonas Bader (Mitte) das Wort: «Über ein Traktandum unter Verschiedenem kann man nicht abstimmen.» Auch könne nicht etwas beschlossen werden, das nicht traktandiert sei. Daher sei eine Anpassung der Traktandenliste nicht mög-



Gemeindepräsident Marco Millonig. Bild: Bruno Kissling

lich. Nach weiteren Diskussionen zog der Stimmberechtigte seinen Antrag schliesslich zurück, mit den Worten: «Macht, was ihr wollt, aber macht endlich etwas.»

95'000 Franken für ein 30-Prozent-Pensum

Daraufhin dauerte es nicht lange, bis sich die Diskussionen wieder um die Finanzen drehten. Der Gemeinderat wollte die Gemeindeordnung anpassen. Dies, damit darin künftig festgehalten ist, dass die Finanzverwaltung auch durch eine exter-

ne Fachperson übernommen werden dürfe – was aktuell der Fall ist. Dieser Passus – und damit die rechtliche Grundlage – fehlt jedoch im Dokument. Daher habe das kantonale Amt für Gemeinden empfohlen, das zu ergänzen, erklärte Gemeindepräsident Marco Millonig (SVP).

Eine Stimmberechtigte stellte den Antrag, nicht auf dieses Geschäft einzutreten. «Ich finde es unnötig, diesen Absatz in der Gemeindeordnung aufzunehmen. Wir wollen ja mit der Arbeitsgruppe ohnehin unter anderem laufende Verträge und Mandate überprüfen.»

Ein weiterer Anwesender wollte wissen, für welches Pensum die im Budget 2026 vorgesehenen 95'000 Franken ausgegeben werden. «Das entspricht einem Pensum von 30 Prozent», antwortete Millonig und ein Raunen der Empörung hallte durch den Raum. «Es gibt eine günstigere Lösung», zeigte sich der Stimmberechtigte überzeugt. Schliesslich trat man auf das Traktandum ein. In der folgenden Diskussion ging es er-

neut um die hohen Kosten für das externe Mandat, die finanzielle Schieflage, die Arbeitsgruppe. Gemeinderat Kilian Bader (Mitte) empfahl den Anwesenden, die Änderung der Gemeindeordnung anzunehmen, ebenfalls mit dem Hinweis auf die rechtliche Grundlage. Schliesslich wurde der Antrag angenommen. Konkrete Zahlen verkündete der Gemeindepräsident übrigens nie. Er erwähnte lediglich, dass das Absolute Mehr erreicht sei.

Und immer wieder die Arbeitsgruppe

Im Anschluss erklärte Finanzverwalterin Cornelia Fischer das Budget, das ein Minus von rund 1,3 Millionen Franken vorsieht. Ein Stimmberechtigter sagte, dass man vielleicht in den sauren Apfel beissen und die Steuern erhöhen müsse. «Die Strategie des Gemeinderats ist es, zuerst eine Arbeitsgruppe zu bilden und dann Zahlen, Daten, Fakten zu präsentieren», erklärte Millonig. Gemeinderat Rolf Jeggli (Mitte) ergänzte, der Rat

habe sich eine Steuererhöhung lange überlegt. Es brauche aber eine strukturelle Änderung, nur mit einer Steuererhöhung sei es nicht gemacht – daher die saubere Auslegeordnung. «Es geht nicht mit einem Kuschkurs. Wir werden Leistungen abbauen müssen.» Schliesslich wurden sowohl Budget als auch Steuerfuss von 125 Prozent für natürliche Personen genehmigt.

Am Schluss folgte die Präsentation der bereits oft erwähnten Arbeitsgruppe Finanzen. Millonig erklärte, sie soll die Ursachen der finanziellen Schieflage analysieren und Sparmassnahmen vorschlagen. Die Gruppe solle aus sechs bis sieben Mitgliedern bestehen, drei davon aus dem Gemeinderat, eine Person aus der Verwaltung. Diesen Punkt kritisierte der Stimmberechtigte, der die Änderung der Traktandenliste gefordert hatte: «Wenn die Mehrheit der Arbeitsgruppe aus dem Gemeinderat besteht, sind die Meinungen bereits gemacht und neue Ideen können gar nicht diskutiert werden.»